

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Gebrauchsanweisung für diesen Ratgeber	21
Wegweiser:	
Standardsituationen im Ehrenamt und im bürgerschaftlichen Engagement	23
A. Standardsituationen: Die Chancen	23
B. Standardsituationen: Die Risiken	24
C. Standardsituationen: Das Geld	25
Teil I:	
Allgemeines – Begriffe – Zahlen – Funktionen	27
A. Ehrenamt – neues Ehrenamt – freiwilliges Engagement – bürgerschaftliches Engagement – „Freiwillige“	29
I. Ausgangspunkt: Bürgerschaftliches Engagement in Form des Ehrenamtes	29
II. „Neues“ Ehrenamt	29
III. Freiwilliges Engagement – bürgerschaftliches Engagement – „Freiwillige“	30

IV. Konsequenzen für die rechtliche Behandlung	31
B. Begriffe und Funktionen.....	32
I. Drei Elemente: Freiwilligkeit, Gemeinwohlorientierung, Unentgeltlichkeit.....	32
1. Zur Freiwilligkeit	32
2. Zur Gemeinwohlorientierung	34
a) Allgemeines	34
b) Familiale Tätigkeiten als gemeinwohlorientierte Tätigkeiten?	35
c) Selbsthilfe als gemeinwohlorientierte Tätigkeit?	35
d) Tätigkeit in Parteien, Berufsverbänden, Religionsgemeinschaften?	36
3. Zur prinzipiellen Unentgeltlichkeit	37
4. Zusammenfassung zur Definition des bürgerschaftlichen Engagements	38
II. Funktionen der rechtlichen Regelungen zum bürgerschaftlichen Engagement.....	38
C. Zahlen zum bürgerschaftlichen Engagement	40
I. Zahl der Engagierten.....	40
II. Handlungsfelder.....	40
III. Organisatorischer Rahmen.....	41
IV. Umfang	42
Teil II: Die einzelnen Rechtsgebiete.....	43
A. Steuerrecht	45
I. Die Besteuerung der gemeinnützigen Körperschaft	45
1. Die Steuerpflicht der Körperschaft	45
a) Ertragsteuern	45
b) Umsatzsteuer.....	52
c) Sonstige Steuern	60
2. Das Gemeinnützigkeitsrecht.....	61
a) Grundstruktur	61

b) Die Tätigkeitsbereiche einer gemeinnützigen Körperschaft.....	68	
c) Selbstlosigkeit und Mittelverwendung.....	76	
d) Verfahrensfragen.....	84	
(a) Die Feststellung der Gemeinnützigkeit.....	84	
(b) Die Entgegennahme von Zuwendungen.....	86	
3. Buchführungs-, Aufzeichnungs- und Erklärungspflichten	88	
4. Haftung.....	92	
 II. Die Besteuerung von bürgerschaftlich engagierten Personen und Unternehmen		95
1. Die Besteuerung gemeinwohlbezogener individueller Arbeitsleistung.....	95	
a) Einkommensteuer	95	
(a) Der nichtsteuerbare Bereich	95	
(b) Der steuerbare Bereich	100	
(i) Einkünftequalifikation	100	
(ii) Wesentliche objektive Steuerbefreiungen	102	
(c) Die Abzugsfähigkeit von Aufwendungen für bürgerschaftliches Engagement.....	116	
(i) Allgemeines	116	
(ii) Betriebsausgaben/Werbungskosten	117	
(iii) Ausgaben zur Förderung steuerbegünstigter Zwecke (Zuwendungen, insbesondere Spenden).....	118	
(iv) Außergewöhnliche Belastungen	123	
(d) Kindergeld und Kinderfreibetrag für ein bürgerschaftlich engagiertes Kind	124	
(e) Der Steuerabzug bei beschränkt steuerpflichtigen ausländischen Künstlern.....	125	
b) Umsatzsteuer.....	126	
2. Die Besteuerung bürgerschaftlichen Engagements im Vermögensbereich (Behandlung von Zuwendungen)	130	
a) Ertragsteuern.....	130	
b) Erbschaft- und Schenkungsteuer.....	138	
3. Die Besteuerung bürgerschaftlichen Engagements von Unternehmen	140	
a) Sponsoring	140	

b) Secondments und sonstige Leistungszuwendungen...	144
c) Sachzuwendungen.....	147
d) Unternehmensverbundene Stiftungen	152
e) Zuwendung von Sozialleistungen an Arbeitnehmer ..	155
B. Sozialrecht	161
I. Sozialgesetzbuch und sonstige Sozialgesetze	161
II. Entgeltliche und unentgeltliche Tätigkeiten im Sozialrecht	161
III. Allgemeine Voraussetzungen der Sozialversicherungspflicht.....	163
1. Allgemeines zu den Zugangsvoraussetzungen in den verschiedenen Sozialversicherungszweigen.....	163
2. Vorliegen eines Beschäftigungsverhältnisses	163
3. Arbeitsentgelt	165
a) Begriff.....	167
b) Behandlung sog. Aufwandsentschädigungen.....	167
c) Behandlung der Arbeitsentgelte von Pflegepersonen	170
4. Zusammenfassung	172
IV. Kranken- und Pflegeversicherung (SGB V – SGB XI)	172
V. Unfallversicherung (SGB VII).....	173
1. Zum Verständnis des Schutzes in der gesetzlichen Unfallversicherung	173
2. Geschützte Personen.....	174
a) Ehrenamtlich tätige Personen.....	174
(a) Ehrenamtliche Tätigkeit in Unternehmen der Sicherung, Überwachung oder Förderung der Landwirtschaft.....	175
(b) Ehrenamtliche Tätigkeit in den Berufsverbänden der Landwirtschaft.....	175
(c) Selbständige, unentgeltliche, insbesondere ehrenamtliche Tätigkeit im Gesundheitswesen oder in der Wohlfahrtspflege.....	175
(d) Ehrenamtliche Tätigkeit für Körperschaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentlichen Rechts etc. und Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen für diese Tätigkeit ..	178

Inhaltsverzeichnis	13
(i) Allgemeines	178
(ii) Tätigkeiten im Umfeld der Kirche.....	179
(iii) Tätigkeiten im kommunalen Bereich.....	180
(iv) Tätigkeiten als Betreuer nach dem Betreuungsrecht.....	181
(v) Tätigkeiten im Rahmen eines Vereins oder einer Partei (mitgliedschaftliche Verpflichtungen)	181
(e) Unentgeltliche, insbesondere ehrenamtliche Tätigkeit in Unternehmen zur Hilfe bei Unglücksfällen und im Zivilschutz und Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen dieser Unternehmen.....	183
(f) Pflegepersonen	184
(g) Personen, die im Rahmen des freiwilligen sozialen oder ökologischen Jahres tätig werden...	185
b) „Wie-Beschäftigte“	185
3. Leistungsrecht	186
4. Zuständigkeit – Finanzierung	187
VI. Rentenversicherung (SGB VI)	189
1. Schutzfunktionen.....	189
2. Rentenrechtliche Anerkennung von Pflegezeiten nach dem SGB XI ab dem 1. April 1995	190
a) Versicherungspflicht von Pflegepersonen.....	191
b) Beitragsbemessung	194
c) Tragung der Beiträge	194
d) Leistungsrecht.....	194
3. Ehrenamtlich tätige Arbeitnehmer.....	194
a) § 163 Abs. 3 SGB VI.....	195
b) § 163 Abs. 4 SGB VI.....	195
4. Erstattung der Beiträge zur Alterssicherung durch die Sozialhilfe.....	196
5. Leistungsrecht	196
a) Fehlende Wirkung von Zeiten bürgerschaftlich engagierter Betätigung bei der Gesamtleistungsbewertung	196
b) Einnahmen aus bürgerschaftlich engagierter Tätigkeit.....	198

c) Hinzuerdienstgrenzen	198
d) Anrechnungen bei den Hinterbliebenenrenten.....	198
VII. Altersteilzeitgesetz	199
VIII. Arbeitsförderung (SGB III)	199
1. Funktionen.....	199
2. Geschützte Personen in der Arbeitslosenversicherung und in der Arbeitslosenhilfe	200
3. Bezug von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe während der Ausübung einer bürgerschaftlich engagierten Tätigkeit.....	202
4. Exkurs: Bezug von Leistungen der Sozialhilfe während der Ausübung einer bürgerschaftlich engagierten Tätigkeit	205
5. Anrechnung von Aufwandsentschädigungen aus einer ehrenamtlichen Tätigkeit auf Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe	205
6. Hilfen zur Rückkehr ins Arbeitsleben	207
IX. Künstlersozialversicherung und Probleme bei bürgerschaftlich engagierter Tätigkeit	207
1. Allgemeines.....	207
2. Verpflichtung zur Künstlersozialabgabe und bürgerschaftlich engagierte Tätigkeit	210
X. Erziehungsgeld.....	216
1. Mögliche Kollision zwischen bürgerschaftlich engagierter Tätigkeit und Erziehungstätigkeit.....	216
2. Einkommensbegriff	217
XI. Ausbildungsförderung (BAföG, SGB III, AFBG)	217
1. Bundesausbildungsförderungsgesetz.....	217
a) Bestimmung des Einkommens.....	217
b) Konfigierende Tätigkeiten	218
c) Anrechnung von Zeiten bürgerschaftlich engagierter Tätigkeit.....	218
2. SGB III	219
3. Aufstiegsfortbildungsförderung.....	219
XII. Wohngeld.....	220
1. Funktion	220

Inhaltsverzeichnis	15
2. Anspruchsvoraussetzungen	220
3. Ermittlung des Gesamteinkommens	221
4. Anrechnung von Aufwandsentschädigungen	221
XIII. Arbeitslosenhilfe	222
XIV. Sozialhilfe.....	222
1. Leistungen	222
2. Einkommensbegriff	223
3. Anrechnung von Aufwandsentschädigungen	223
C. Arbeitsrecht.....	225
I. Arbeit und Ehrenamt.....	225
1. Ehrenamt – keine Arbeit?.....	225
2. Ehrenämter in Betriebs- und Unternehmensverfassung, Personalvertretung und im Schwerbehindertenrecht	226
3. Echtes und unechtes Ehrenamt	226
II. Arbeitsfreistellungen für ehrenamtliche Betätigung	227
1. Ehrenamt im Konflikt mit Arbeit	227
2. Die allgemeine Regelung des Konflikts in § 616 BGB..	228
3. Konkretisierung der Arbeitsfreistellung wegen eines Ehrenamts in besonderen Fällen.....	229
a) Arbeitsfreistellungen zur Wahrnehmung öffentlicher Wahlämter.....	229
b) Jugendarbeit.....	230
c) Lohnfortzahlung auf tarifvertraglicher oder gesetzlicher Grundlage bei Ehrenämtern im öffentlichen Interesse	232
d) Beamte	234
4. Weiterbildung und Ehrenamt	234
III. Gesundheits- und Arbeitsschutz bei ehrenamtlicher Tätigkeit	235
D. Zivilrecht (Haftungs-, Vereins- und Stiftungsrecht, Urheberrecht).....	238
I. Rechtsgrundlage ehrenamtlicher Tätigkeit	238
II. Aufwendungsersatz für ehrenamtliche Tätigkeit	239
1. Ansprüche aufgrund spezieller gesetzlicher Regelung...	239
2. Was sind ersatzfähige Aufwendungen?.....	240

3. Schäden als ersatzpflichtige Aufwendungen?	240
4. Verdienst- und Erwerbseinbußen als ersatzpflichtiger Aufwand?	241
III. Haftungsfragen bei ehrenamtlicher Tätigkeit	242
1. Einstandspflicht der Organisation gegenüber dem Nutznießer	243
a) Volle Haftung der Organisation für das Fehlverhalten des ehrenamtlich Tätigen bei vertraglicher Haftung	243
b) Eingeschränkte Haftung des Trägers bei deliktischer Schädigung	244
2. Haftung des ehrenamtlich Tätigen gegenüber einem geschädigten Nutznießer und Eigenhaftung von Vorstandsmitgliedern von Vereinen	245
a) Ausgangspunkt	245
b) Haftungsrisiken von Vorstandsmitgliedern	246
(a) Gegenüber Dritten	246
(b) Haftung gegenüber dem Verein	247
c) Haftungsrisiken von Nicht-Vorstandsmitgliedern	248
3. Haftungsfreistellungen im Verhältnis zwischen Organisation und ehrenamtlich Tätigen	249
a) Fragestellung	249
b) Grundsätze der Arbeitnehmerhaftung	249
c) Übertragbarkeit der Grundsätze der Arbeitnehmerhaftung auf die ehrenamtliche Tätigkeit?	250
d) Haftungsfreistellung von Organisation und ehrenamtlich Tätigem für Personenschäden des ehrenamtlich Tätigen durch die unechte Unfallversicherung	252
4. Haftung der Organisation für die vermögensrechtlichen Eigenschäden des ehrenamtlich Tätigen	255
a) Fragestellung	255
b) Die Haftung des Arbeitgebers für Eigenschäden des Arbeitnehmers	256
c) Übernahme der Eigenschäden von ehrenamtlich Tätigem durch den Träger	258
5. Versicherungsschutz	259

a) Schutz des ehrenamtlich Tätigen durch die eigene Haftpflichtversicherung	260
b) Haftpflichtversicherung des Trägers	262
c) Rückgriff der Versicherung auf den ehrenamtlich Tätigen	264
d) Schutz bei Eigenschäden des ehrenamtlich Tätigen...	264
IV. Das vereins- und stiftungsrechtliche Ehrenamt	265
1. Fragestellung	265
2. Der Vorstand von Verein und Stiftung	266
3. Bedeutung des Vereins- und Stiftungsrechts	267
4. Die Gründung eines Vereins, einer Stiftung oder einer gemeinnützigen GmbH.....	268
a) Verein	268
(a) Organisation des Vereins.....	268
(b) Gründung eines Vereins	269
(c) Förmlichkeiten bei eingetragenen Verein (e.V.) .	270
b) Stiftung	271
c) Gemeinnützige GmbH	272
V. Urheberrecht und Ehrenamt	272
1. Urheberrechtlicher Schutz	272
2. Beeinträchtigung gemeinnütziger und ehrenamtlicher Tätigkeit durch das Urheberrecht?	273
E. Personenbeförderungsrecht	278
I. Gesetzeszweck	278
II. Bisherige Hindernisse im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements	280
III. Rechtslage seit Juli 2002	281
F. Strafrecht	283
I. Problemstellung	283
1. Zur gesellschaftlichen Diskussion über die Privilegierung bürgerschaftlich engagierter Tätigkeit im Strafrecht.....	283
2. Strafrechtlich relevante Situationen.....	283
II. Rechtliche Ebenen der Berücksichtigung bürgerschaftlichen Engagements im Strafrecht.....	284

1. Berücksichtigung im Tatbestand	284
a) Konstellation: Bei der Betreuung von Jugendlichen kommt einer der Betreuten zu Schaden	284
b) Konstellation: Während der Betreuung schädigen die Jugendlichen Dritte	287
c) Konstellation: Strafbarkeit von ehrenamtlichen Mitarbeitern in der aufsuchenden Familienbetreuung	
d) Strafbarkeit ehrenamtlicher Gemeinderatsmitglieder wegen Untreue	288
2. Berücksichtigung bei der Schuld	289
3. Berücksichtigung im Verfahrensrecht	290
4. Berücksichtigung bei der Strafzumessung	290
G. Staatliche Fördermittel (Zuwendungsrecht)	292
I. Einführung	292
II. Überblick über die Rechtsvorschriften	294
III. Arten der Zuwendung	294
IV. Grundsätze im Zusammenhang der Veranschlagung und Vergabe von Zuwendungen	294
1. Subsidiaritätsgrundsatz	294
2. Verwendungsnnachweis	296
3. Jährlichkeitsprinzip	297
4. Besserstellungsverbot	298
5. Verbot der Rücklagenbildung	298
V. Formen des Verwaltungshandelns bei der Zuwendungsgewährung	298
H. Förderung auf dem Gebiet der Sozial- und Jugendhilfe, der Arbeitsförderung und des Gesundheitswesens	299
I. Allgemeines zur Rechtslage	299
1. Überblick über die einschlägigen Rechtsnormen und Rechtsgebiete	299
2. Allgemeines Zusammenarbeitsgebot für alle Sozialleistungsbereiche	300
3. Inhaltliche Erstreckung des allgemeinen Zusammenarbeitsgebotes	300

Inhaltsverzeichnis	19
4. Zusammenarbeitsberechtigte gemeinnützige und freie Einrichtungen und Organisationen	301
II. Bürgerschaftliches Engagement in ausgewählten Sozialleistungsbereichen.....	302
1. Sozialhilfe.....	302
2. Jugendhilfe	303
3. Arbeitsförderungsrecht	304
4. Förderung der stationären und ambulanten Hospizarbeit	305
5. Förderung der Selbsthilfe im SGB V	305
6. Förderung der Versorgungsstrukturen für Demenzkranke.....	306
III. Zusammenfassender Überblick zum Zugang bürgerschaftlich Engagierter zu Zusammenarbeit und Förderung.....	307
IV. Andere Formen der Förderung im Sozialbereich durch sog. Leistungsverträge	308
I. Bürgerschaftliches Engagement in der Kommune	311
I. Rechtliche Situation.....	311
II. Zur faktischen Situation des bürgerschaftlichen Engagements in der Kommune	312
III. Wege zur Verstärkung des bürgerschaftlichen Engagements auf kommunaler Ebene	314
Literaturverzeichnis	317
Weiterführende Literaturhinweise	323
Dokumentation der Arbeiten der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“	323
Abkürzungsverzeichnis	325
Stichwortverzeichnis	337